

**Schriftliche Anfrage betreffend Wissenstransfer von der Wissenschaft in die Politik -  
Realitätscheck und Verbesserungspotenzial**

26.5025.01

Der Regierungsrat hat in seinem Bericht zum Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend "Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Politik" (21.5754.03) dargelegt, wie der Kanton die Expertise rund um die Wissensvermittlung und Forschung zu Klimawandel-Themen stärkt. Dem eigentlichen Thema des Vorstosses - dem Wissenstransfer von den Fachexperte:innen an die Politik - widmete er sich dabei in einem Teil-Kapitel und verweist auf bestehende Formate wie den "Basler Klima-Impuls" (online), Klimaplattform der Wirtschaft (Business Lunches) oder den Wissenstransfer durch die Verwaltung.

Wie sichergestellt wird, dass neueste spezifische wissenschaftliche Erkenntnisse auch immer in die Kommissions-Beratungen von politischen Geschäften des Grossen Rates einfließen können, lässt der Bericht jedoch offen. Im Gegenteil: Dem Vernehmen nach sind Dozent:innen und Professor:innen auch schon dazu angehalten worden, ihre Expertise nicht auf direktem Weg mit Politiker:innen zu teilen. Genau dieser Transfer von Expertise ist jedoch Voraussetzung dafür, dass der Große Rat seine Entscheidungen immer gemäss aktuellem Wissensstand und Einschätzungen der Forschung fällen kann. Dies dient einer hohen Qualität und soliden Abstützung der Parlamentsentscheide.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hat die Regierung seit der Einreichung des Anzugs der Spezialkommission den Austausch zwischen Wissenschaft und Politik konkret aktiv verstärkt?
2. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat für die Schaffung geeigneter - falls nötig auch vertraulicher - Gefässe für das Zusammenbringen wissenschaftlicher Expertise mit den Entscheidungsträger:innen in den Sachkommissionen des Grossen Rates?
3. Das Bundesamt für Energie veranstaltet beispielsweise zusammen mit über 10 Konsortien Informationsanlässe gezielt für nicht-wissenschaftliches Publikum inklusive Ableitung von Handlungsoptionen und einer Diskussion darüber. Forschungsresultate sollen für Politik, Verwaltung und andere Akteur:innen dadurch einfacher verständlich und anwendbar sein. Ist ein entsprechendes Gefäß zur Forschungs- und Innovationsarbeit über Klima-Inhalte (und allenfalls auch weitere) der FHNW und der Uni Basel denkbar? Ist der Regierungsrat bereit, ein solches Gefäß in Absprache mit den Hochschulen zu initiieren?
4. Wie fördert der Regierungsrat zudem aktiv, dass wichtige Erkenntnisse anderer Schweizer und Europäischer Universitäten und Fachhochschulen systematisch und zeitnah im Kanton erkannt, aufgegriffen und integriert werden?
5. Hat der Regierungsrat Kenntnis davon, dass Dozent:innen und Professor:innen das direkte Teilen von Wissen mit Politiker:innen auf Anfrage untersagt sein soll? Kann er diese Hürden abbauen?

Lisa Mathys